

Teil 2: Sie kennen mich aus dem Fernsehapparat

geschrieben von Admin | 9. September 2024

Vor einigen Tagen, genauer am 22.08.2024, wurde der zdf Fernsehmeteorologe Özden Terli in die ndr Sendung DAS! eingeladen. Terli ist der Mann, der am eifrigsten der Fernsehmeteorologen das Lied von der Klimakatastrophe singt. Er ist auch Mitglied der Vereinigung „Scientist for Future“, die den „wissenschaftlichen Kampf“ gegen den Klimawandel auf ihre Fahnen geschrieben hat. Ein weiteres würdiges Mitglied ist übrigens der Fernsehdozent Eckardt von Hirschhausen.

von Michael Limburg

Nun ist es nicht ungewöhnlich, dass man im Fernsehen Kollegen interviewt, wenn man bei der Vorbereitung einer Sendung zwar immer unter Zeitmangel leidet, aber darüber immer mehr, von Seiten der interessanten Personen, die man gern interviewen möchte, entweder extern, oder aber und vor allem intern, auf Ablehnung stößt. Dann muss es eben ein Özden Terli tun, der zugegebenermaßen dann auch einen interessanten Werdegang aufweist. Wer sich das anschauen möchte, kann das hier in der Mediathek tun, obwohl diese Sendung zwischen der Erstaussstrahlung und heute drastisch zusammengeschnitten wurde.

Aber um den Werdegang von Özden Terli geht es in diesem Beitrag kaum, sondern vor allem darum, welches merkwürdige Verständnis von Wissenschaft – hier vor allem die Wissenschaft vom Klima – dieser Özden Terli verbreitet, und niemand bei den ÖRR Anstoß daran nimmt, oder sich wenigstens verpflichtet fühlt, dann auch andere Meinungen zu senden.

Im Teil 1 dieser Geschichte ist minutiös aufbereitet, was jedem, der sich mit der Klimafrage wissenschaftlich beschäftigt, als erstes befremdlich, oder merkwürdig, in vielen Fällen auch aktivistisch, bei allem was Terli tut, auffällt.

Doch zunächst mal kann man dem ndr anerkennen, dass er die größten Teile der vorhandenen DAS! Sendung aufgeteilt hatte, in etwas, was mehr zu Özden Terli zuzuordnen war, und zweitens in das, was „notorische Klimaleugner“ wie bspw. der Autor dieses Berichtes, völlig zu Unrecht und/oder von bösen Mächten, nach Meinung des ndr, so von sich gaben. Das das Ganze ist unter der Überschrift

„Der menschengemachte Klimawandel und seine Skeptiker“

Sendung: DAS! | 22.08.2024 | 18:45 Uhr 4 Min |

Verfügbar bis 22.02.2025

Die ist aber, wie man sieht, auch nur bis 22.05.25 verfügbar. Aber, keine Bange, hier wurde es aufbewahrt und ist in voller Länge – so wie es ganz zu Anfang gesendet wurde – aufrufbar,

Soweit die Vorrede, denn nachdem EIKE die erste Reaktion auf die Terli-DAS! Sendung veröffentlicht hatte, gab es weiteren eMail-Verkehr zwischen dem ndr und dem Autor, an welchem ich sie nun teilhaben lassen möchte.

eMail am 27.8.24 an die DAS! Redaktion

Hallo Herr XXXXX und Kollegen,

ich habe die Situation mit der DAS! Sendung vom 22.8.24 und Herrn Terli hier dargestellt.<https://eike-klima-energie.eu/2024/08/27/sie-kennen-mich-aus-dem-fernsehapparat/>

Und dabei die größten Irrtümer von Herr Terli und des Einschubes vom swr/ndr auch belegt.

Ich würde mich freuen, wenn der ndr sich an das Rundfunkgesetz erinnert, das Ihnen Ausgewogenheit, Neutralität und Objektivität vorschreibt. Wenn auch nicht in derselben Sendung, sondern insgesamt. Und da ich Ihnen nun eine Richtigstellung zustellte, müssen Sie auch diese Richtigstellung senden.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Limburg

Vizepräsident EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie)

Tel: +49-1703424716

<http://www.eike-klima-energie.eu/>

Und erhielt die Antwort:

Am 28.08.2024 um 19:38 schrieb das <das@ndr.de>:

Sehr geehrter Herr Limburg,

wir nehmen hiermit, wie von Ihnen erwünscht, Stellung zu Ihrem Schreiben an uns vom 27. August diesen Jahres. Sie fordern darin eine Richtigstellung zu den Aussagen unseres Studiogastes Özden Terli in der Sendung DAS! vom 22. August 2024 sowie zu denen eines Filmbeitrages aus derselben Sendung, in dem Sie zu

Wort kommen.

Zunächst möchten wir uns noch einmal bei Ihnen entschuldigen, dass als Zusatz zu Ihrem Namensinsert im genannten Filmbeitrag „AfD-Politiker“ zu lesen war. Als Mitglied der AfD sind Sie natürlich zwangsläufig nicht auch gleichsam Politiker, das verstehen wir. Diesen Fehler hatte Herr Wenke Ihnen gegenüber schon telefonisch am 23. August mit Bedauern eingeräumt, unverzüglich wurde anschließend auch der Filmbeitrag aus der Sendefassung in der NDR Mediathek entfernt. Da der hier noch enthaltene Bezug unseres Studiogastes Özden Terli zu diesem Filmbeitrag und zu Ihnen nun in der Tat in nicht mehr verständlich ist, werden wir jetzt unverzüglich auch diese Passage entfernen.

Was die Aussagen unseres Studiogastes als auch die Aussagen in dem erwähnten Filmbeitrag betrifft, handelt es sich nach unserer Überzeugung allerdings nicht um falsche Tatsachenbehauptungen. Wir orientieren uns hier am allgemeinen Stand der Wissenschaft, der besagt, dass die gegenwärtige Erwärmung des Klimas auch eine Folge der von Menschen erzeugten CO₂-Emissionen ist. Den Zusammenhang erklärt etwa Prof. Harald Lesch in diesem Video:

<https://www.zdf.de/dokumentation/terra-x/lesch-und-co-klimawandel-der-co2-beweis-100.html>

Insofern liegt hier aus unserer Sicht keine falsche Tatsachenbehauptung vor. Deshalb sehen wir auch für eine Richtigstellung in Ihrem Sinne keine Veranlassung. Wir hoffen diesbezüglich auf Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen,

Redaktion DAS! / NDR Fernsehen

Norddeutscher Rundfunk
DAS!-Redaktion
Hugh-Greene-Weg 1
22529 Hamburg

Darauf meine eMail Antwort am selben Abend

Mi., 28. Aug. 2024, 20:47:

Sehr geehrte Damen und Herren,

anders als Sie es darstellen, habe ich wissenschaftlich fundierte Informationen zum Klimawandel vorgetragen. Die

Quellen dazu sind fast durchgehend alle angegeben. Damit stellen sie eine andere wissenschaftliche Information dar, als das, was Herr Terli und der nun besonders merkwürdige rausgenommene Einspieler, die ich in allen Punkten widerlegt habe, vortragen.

Bei strittigen wissenschaftlichen Fragen und das ist die Frage nach der Ursache des Klimawandels, um nur das zu nennen, (der Unsinn mit den Waldbränden im Einspieler ist ein weiterer) ist es in der Wissenschaft nicht die Mehrheit, die entscheidet was richtig ist und was falsch. Also auch nicht Lesch, Terli oder viele, viele andere.

Somit verlangt das Rundfunkgesetz, dass Sie diesem Rechnung tragen. Es ist daher nicht Ihre Entscheidung, egal zu welcher Überzeugung Sie kommen, was der Zuschauer zu sehen bekommt oder nicht. Lassen Sie diese dann entscheiden, was sie für sich übernehmen wollen und was nicht.

Ich bitte daher nachdrücklich darum, dass Sie dazu eine besondere Sendung senden,

und bitte außerdem um schnelle Rückmeldung.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Limburg

Vizepräsident EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie)

Tel: +49-1703424716

<http://www.eike-klima-energie.eu/>

Und dann als Ergänzung auch noch am 29.8.24 um 12:33 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich gehört es sich, dass Sie sich mit Namen und Funktion zu erkennen geben.

In Ergänzung meines Schreibens (s.u.) führe ich noch eine Kopie der Veröffentlichung, die auf unserer Webseite erschienen ist und die Aussagen sowohl von Herrn Terli, als auch des Einspielers, komplett widerlegen. Da unsere Seite in letzter Zeit immer mal wieder gestört wurde, füge ich sie als pdf bei.

Gern erwarte ich Ihren Terminvorschlag

und

verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr
Michael Limburg
Vizepräsident EIKE (Europäisches Institut für Klima und
Energie)
Tel: +49-1703424716
<http://www.eike-klima-energie.eu/>

Und als nichts vom ndr kam, am 2.9.24 um 18:05 eine Erinnerung

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 28.8.29 und Ergänzung vom 29.8.24, hatte ich Ihnen ein eMail geschrieben. Siehe unten. Eine Antwort habe ich bisher nicht bekommen. Vielleicht ist sie verloren gegangen? Daher nun diese Erinnerung.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr
Michael Limburg
Vizepräsident EIKE (Europäisches Institut für Klima und
Energie)
Tel: +49-1703424716
<http://www.eike-klima-energie.eu/>

Darauf kam am 3.09.24 um 17:04 Uhr dann diese Antwort, wie immer ohne Ansprechpartner und anonym

Guten Tag, Herr Limburg,

Ihre nochmaligen Mails zu unserer DAS!-Sendung vom 22.8.2024 haben wir zur Kenntnis genommen. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass die von Ihnen gewünschte Sendung nicht stattfinden wird. Für eine Richtigstellung im Sinne des Rundfunkgesetzes sehen wir – wie bereits beschrieben – keine Veranlassung.

Zur Sache: Der menschengemachte Klimawandel ist eine wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis und nicht nur eine These. Es handelt sich hier also nicht um eine „strittige wissenschaftliche Frage“. Die überwältigende Mehrheit der Klimaforscher, etwa 97-98%, ist sich einig, dass menschliche Aktivitäten, insbesondere die Emission von Treibhausgasen, die Hauptursache für die aktuelle globale Erwärmung sind. Die aktuellen Klimaveränderungen sind NICHT Teil natürlicher Zyklen, wie Sonnenzyklen oder vulkanische Aktivitäten. Als öffentlich-rechtlicher Sender orientieren wir uns hier an den Erkenntnissen international renommierter wissenschaftlicher

Institute.

<https://helmholtz-klima.de/klimafakten/behauptung-schon-ueber-500-forscher-bezweifeln-den-menschengemachten-klimawandel>

Beste Grüße

Die DAS! Redaktion

Norddeutscher Rundfunk
DAS!-Redaktion
Hugh-Greene-Weg 1
22529 Hamburg

Diese Mail der anonymen DAS! Redaktion war so offensichtlich dünn, geschrieben von jemandem, der glaubt man könne dem Zuschauer ein X für ein U vormachen, und man sich nicht an das Rundfunkgesetz^[1] halten müsse, so dass ich auf der Webseite des ndr eine Programmbeschwerde einlegte: Am 4. September um 14:01 Uhr schrieb ich

Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit lege ich Programmbeschwerde wegen der Sendung DAS! vom 22.8.2024 ein, sowie die Darstellung der Sendung in der Mediathek (<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/das/Meteorologe-Oezden-Terli-,sendung1467462.html>) , als auch den Ausschnitt daraus, der mich und mein Institut betrifft <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/das/Der-menschengemachte-Klimawandel-und-seine-Skeptiker,das4578.html>.

In der letzten Mediathekdarstellung wurden sowohl über mich falsches behauptet, bspw. ich sei ein Klimaleugner, als auch zum Thema der Sendung mit Ozden Terli, und seine Interpretation des Klimawandels, in dem er vieles behauptet, was einer Beobachtung der Realität nicht standhält. Nachdem ich Ihre DAS! Redaktion, die sich, ohne Nennung von Namen ihrerseits, mit gründlicher Hilfe von belegten Fakten darauf aufmerksam gemacht hatte, und auf das Rundfunkgesetz hinwies, dass es Ihre Aufgabe sei, objektiv, umfassend und neutral zu berichten, verweigerte man mir dies, mit der merkwürdigen Begründung „Die überwältigende Mehrheit der Klimaforscher, etwa 97-98%, ist sich einig, dass menschliche Aktivitäten, insbesondere die Emission von Treibhausgasen, die Hauptursache für die aktuelle globale Erwärmung sind. Die aktuellen Klimaveränderungen sind NICHT Teil natürlicher Zyklen, wie Sonnenzyklen oder vulkanische Aktivitäten. Als öffentlich-rechtlicher Sender orientieren wir uns hier an den Erkenntnissen international renommierter wissenschaftlicher Institute.“

Das alles mag so sein, ist aber trotzdem falsch, denn ich kann ihnen Dutzende sehr lange als wahr erkannte Theorien benennen,

die sich dann als falsch herausstellten, weil es nun mal in der Wissenschaft keine Mehrheitsentscheidung gibt. Die gibt es nur in der Politik. Wir hingegen nähern uns immer mehr der Wahrheit an, und die zeigt, der Mensch kaum Einfluss auf den Klimawandel hat. Und weil zu diesem Thema „antropogener Klimawandel“, oder „Erhitzung“ wie Herr Terli dass nannte, es viele tausend papers gibt, die zu völlige anderen Ergebnissen kommen.

Von Einstein ist bekannt, dass auf den Vorbehalt hin, dass hundert Wissenschaftler seine Relativitätstheorie für falsch hielten, er nur sagte, „wenn die recht hätten, genügte einer“.

Daher bitte ich mit Nachdruck darum, dass „meine“ Ansicht der Realität, die sich mit vielen herausragenden Wissenschaftlern deckt, darunter der letzte Nobelpreisträger für Physik, John Clausner, mit einer neuen Sendung, wie bei Herrn Terli, gewürdigt wird. Und das habe ich Ihrer DAS! Redaktion bereits mitgeteilt,

Mit freundlichen Grüßen

M. Limburg

Vizepräsident EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie) Tel: +49-1703424716 <http://www.eike-klima-energie.eu/>

Um dann vom Gremienbüro des ndr am 6.9.24 um 13:47 Uhr, immerhin mit Namen folgendes zu lesen bekam:

gremienbuero-beschwerden <gremienbuero-beschwerden@ndr.de>

Ihr Schreiben vom 04.09.2024 / Sendung DAS! vom 22.08.2024 um 18.45 Uhr – Gast: Meteorologe Özden Terli – Beitrag „Der menschengemachte Klimawandel und seine Skeptiker“

An: „Dipl. Ing. Limburg Michael“ <m.limburg@eike-klima-energie.eu>

Sehr geehrter Herr Limburg,

vielen Dank für Ihr Interesse am Programm des NDR und Ihre entsprechende Nachricht vom 04.09.2024.

Wir möchten jede Zuschrift sorgfältig prüfen. Bitte haben Sie deshalb Verständnis dafür, dass die Beantwortung Ihres Schreibens ggf. etwas Zeit in Anspruch nehmen kann.

Bitte geben Sie uns diese Zeit. Wir kommen dann unaufgefordert wieder auf Sie zu.

Mit freundlichen Grüßen

xxxxxxx

Norddeutscher Rundfunk

Gremiengeschäftsstelle
Rothenbaumchaussee 132
20149 Hamburg
Tel: +49 (0) 40 4156 xxxxx
E-Mail: gremienbuero-beschwerden@ndr.de

So ist der Stand der Dinge, über weiteres wird berichtet

1. Viele beim ÖRR und auch viele Zuschauer glauben, dass § 5 des Grundgesetzes auch für den ÖRR gilt, doch der hat dafür einen bestimmten Unterparagraphen WIKIPEDIA: „Verfassungsrechtliche Grundlage ist das Grundrecht der Rundfunkfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz (GG).“ Der ÖRR ist daher dem Rundfunkgesetz unterworfen, welches eine wahrheitsgemäße, objektive, umfassende und neutral Berichterstattung verlangt. „Denn, (hier Danisch) ich verweise wieder auf die Ausarbeitung für den Landtag, der ÖRR ist (im Gegensatz zur Presse, mit der man ihn oft aus Absicht oder Inkompetenz verwechselt) ganz klar dazu verpflichtet, alle in der Gesellschaft vertretenen Meinungen fair, ausgewogen, gleichberechtigt darzustellen“ ↑

Die Energiewende zerrüttet die Staatsfinanzen

geschrieben von Admin | 9. September 2024

Im Haushaltsentwurf der Ampelregierung für das kommende Jahr klafft eine Lücke von mehr als 10 Milliarden Euro und zusätzlich ein nicht gedeckter Bedarf für die Instandhaltung und Erneuerung von Straßen und Schienen und der Ertüchtigung der Bundeswehr von mehr als 50 Milliarden. Trotz dieser Mangellage soll die Energiewende zur Weltklimaretung mit über 100 Milliarden Euro/Jahr weiter subventioniert werden.

Von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Die Nachrichten häufen sich. Die Industrie ist mit den hohen und immer weiter wachsenden Energiekosten nicht mehr wettbewerbsfähig. Gerade hat der Aufsichtsratsvorsitzende von ThyssenKrupp, Siegmund Gabriel, das Handtuch geworfen. Er sieht wohl für das Unternehmen keine Zukunft mehr. Denn Stahl, hergestellt mit Wasserstoff, ist 10-mal teurer als die Reduktion von Eisenerz mit Kohle in den energieeffizienten Hochöfen. Die Zahnradfabrik Friedrichshafen, ein wichtiger Zulieferer der Automobilindustrie, die Firma Miele wie auch viele andere Betriebe geben die Produktion in Deutschland auf.

Bahnreisen wie in Entwicklungsländern

Die Deutsche Bahn ist marode, weil Unterhaltung und Ertüchtigung der Anlagen zugunsten von Subventionen für die Energiewende unterlassen wurde. Das Reisen mit der Bahn ist inzwischen ein Abenteuer wie in einem Entwicklungsland. Wenn man Glück hat, kann man noch pünktlich in den Zug einsteigen. Wann man ankommt, steht in den Sternen. Und das soll noch schlimmer werden. Viele wichtige Bahnstrecken sollen in den nächsten Jahren ertüchtigt und über Monate gesperrt werden. Für verlässliche Ersatzfahrpläne könne man dann nicht garantieren, heißt es aus der Vorstandsetage.

Migranten sind keine Lösung

Doch auf das Reisen mit dem Auto kann man nur bedingt ausweichen. Marode Brücken werden über Jahre zur Renovierung gesperrt, deren Bau nur einen Bruchteil der Sperrzeit gebraucht hat. Wo ist die einst viel gelobte deutsche Ingenieurskunst und Organisation geblieben? Prof. Eberhard Hamer vom Mittelstandsinstitut Niedersachsen hat die Ursache auf den Punkt gebracht:

Energiepolitik und hohe Steuerbelastung treibt die Leistungsträger, die Ingenieure und Facharbeiter, ins Ausland. Für jeden auswandernden Leistungsträger kommen zwei schlecht ausgebildete Immigranten ohne deutsche Sprachkenntnisse, die weitgehend die Sozialsysteme belasten.

Mit diesen Migranten kann man keine Brücken erneuern.

Unsinnige Subventionen

Doch dies ficht die Ideologen der Energiewende nicht an. Es soll weiter gehen mit der Subventionierung der Energiewende. Energiemanager, Klima- und Fahrradbeauftragte werden für viele Gemeinden mit Zuschüssen von der

Ampelregierung subventioniert. Doch das gilt nur für wenige Jahre. Dann müssen die Gemeinden die vollen Personalkosten tragen und dazu noch die Aktivitäten dieser „Experten“ bezahlen. Das Beispiel vor Ort: Es werden neue Radwege gebaut, während die alten immer maroder werden und teilweise nicht mehr befahrbar sind. Weiter werden Straßen zu Radwegen umgewidmet und Autofahrer zu größeren Umwegen gezwungen. Der höhere Treibstoffverbrauch spielt dann keine Rolle mehr.

Dies ist nur ein Beispiel für die Subventionierung der Energiewende. Mit Subventionen von mehreren 10 Milliarden Euro soll die Wärmewende durchgesetzt werden. Heizungen sollen mit Wärmepumpen betrieben werden. Doch ob für diesen zusätzlichen Strom in den Wintermonaten genügend Leistung vorhanden ist, ist ein Geheimnis. Subventioniert werden weiter Elektroautos, der Wind-, Solar- und Biogasstrom, der „grüne“ Wasserstoff und die Regelkraftwerke. Hinzu kommen die Abgaben auf CO₂-Emissionen. Das alles summiert sich nach wiederholten Angaben von Bundeskanzler Scholz auf mehr als 100 Milliarden Euro im Jahr.

Medien mit einseitigen und falschen Berichten

Dieses Geld fehlt im Haushalt der Bundesregierung wie auch in den Ländern und Gemeinden. Denn die Energiewende sei die einzige Möglichkeit zur Weltklimaretterung, die weiter geführt werden müsse, wird uns ständig von fast allen Medien eingehämmert. „Kritische Erderwärmung“, „zunehmende Stürme“, „Überschwemmungen“, „Trockenperioden“, „Waldbrände“, und vieles mehr seien die Folgen von Emissionen des „klimaschädlichen“ CO₂ aus Kohle, Erdöl und Erdgas. Das wird ständig ohne jeden Beweis behauptet. Die Methode ist erfolgreich. Noch immer gibt es zu viele Menschen, die diesen Behauptungen glauben.

Ablasshandel der Kirchen

Damit ist die Basis gelegt für das Abkassieren der Gläubigen. Die Energiewende wird als notwendig angesehen. Höhere Energiekosten werden akzeptiert. Die Profiteure der Energiewende erhalten mit den gesetzlich festgelegten EEG-Einspeisevergütungen sichere hohe Einnahmen, die von den Stromverbrauchern gezahlt werden müssen. Dies ist eine gesetzlich festgelegte Umverteilung von unten nach oben. Doch auch die Kirchen wollen teilhaben. Sie werben mit einem CO₂-Rechner, der die Emissionen der Gläubigen ermittelt, die dann durch eine „Spende“ von den Emissionen befreit werden. Ein Ablasshandel wie im Mittelalter, der jährlich fast 1,5 Millionen Euro in die Kirchenkassen spült und Verwaltungskosten von über 300.000 Euro hat.

Die Ideologen davon jagen

Es wird höchste Zeit, die Energieversorgung von ideologischen Vorstellungen wieder in die Marktwirtschaft zu führen. Energie ist teuer. Jeder wird daher für sich nach der optimalen Versorgung mit

möglichst geringen Verlusten suchen. Die Energiewende führt dagegen zu großen Verlusten der mit Umweltschäden erzeugten teuren „grünen“ Energien. Mit der Beendigung der Energiewende stehen jährlich 100 Milliarden Euro für Infrastrukturmaßnahmen und für die Sicherung der Verteidigung zur Verfügung. Der Haushalt wäre ausgeglichen, die Strompreise würden halbiert, die Abwanderung von Betrieben und Leistungsträgern gestoppt und die zugesagten Renten könnten gezahlt werden.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Ideologen der Ampelregierung ihre utopischen Vorstellungen aufgeben. Sie werden versuchen, die zerrütteten Staatsfinanzen mit Tricksen und „Sondervermögen“ zu schönen. Das kann dauerhaft nicht gelingen. Sie müssen wohl durch die nächsten Wahlen davon gejagt werden. Ob wir dann zu einer sachlichen Energiepolitik kommen, bleibt abzuwarten. Denn auch die CDU will die Weltklimaretter weiter treiben. So steht es im Parteiprogramm. Und selbst die AfD steht nur bedingt hinter der Forderung: Schluss mit der Energiewende. Muss Deutschland noch tiefer sinken, bis Regierung und Parteien die Realität begreifen?

Klonovsky über Windräder

geschrieben von Admin | 9. September 2024

Ein interessantes Thema – die Kollateralschäden von Windrädern – hat Ulrich Vosgerau auf X angesprochen. Er schrieb (ich zitiere den gesamten Eintrag):

„Es kristallisiert sich immer stärker, immer überzeugender heraus: Die Windräder sind u.U. die größte Umweltkatastrophe, die es je in Deutschland gegeben hat. Und diese ist – anders als der Klimawandel – eindeutig menschengemacht.

1) Der Atmosphäre wird Bewegungsenergie entzogen, was nicht nur dazu führt, daß die Windräder in der 2. bis 3. Reihe sich kaum mehr drehen – sondern möglicherweise auch zur grassierenden Bodentrockenheit.

2) Es ist nicht geklärt, ob Windräder überhaupt Energie ‚erzeugen‘. Damit ein Windrad aufgestellt werden kann, muß erstmal Eisenerz in fernen Ländern gefördert, transportiert, zu Eisen verhüttet, transportiert, dann zu Stahl (unter Zusatz u.a. von Stickstoff) veredelt werden, aus dem Stahl muß das Windrad geschmiedet, dieses muß mit

Schwertransporten transportiert und mit Riesenkränen aufgestellt werden. Ob ein Windrad also 'netto' mehr Energie produziert, als zu seiner Herstellung und Aufstellung verbraucht wurde, dürfte fraglich sein.

3) Windräder schreddern massenhaft tagsüber Vögel, nachts Fledermäuse, rund um die Uhr Insekten. Ein neuer Beruf ist entstanden, der Windrad-Flügel-Reiniger. Die Windräder würden sich nämlich ohne weiteres nach kurzer Zeit gar nicht mehr drehen, weil sie vom Matsch von Abermillionen Insekten völlig deformiert und nicht mehr windschnittig sein würden. Der Windrad-Reiniger entfernt mit chemischen Mitteln Monat für Monat ein paar Millionen Insektenleichen. Übrigens wußte man bis vor ein paar Jahren gar nicht, wie hoch Insekten v.a. im Zusammenhang mit der Paarung fliegen. Man dachte bis vor kurzem, daß die allermeisten Insekten kaum je höher als 10 Meter fliegen – sie werden nämlich von Vögeln gejagt, und nur in geringer Höhe können sie ihnen entkommen, indem sie sich ins Gestrüpp, in den Wald schlagen; in großer Höhe wären sie wehrlos, weil sie sich vor ihren Jägern nicht verstecken könnten. (Allerdings fiel schon länger auf, daß Schwalben bei gutem Wetter 70–100 m hoch fliegen, weil sie dort offenbar Insekten finden; was auch immer diese dazu motiviert, bei heißem Wetter so hoch zu fliegen). Wie dem auch sei: Zwecks Paarung – damit der Genpool vermischt, nicht allzu sehr 'regionalisiert' wird – fliegen Insekten jedenfalls ein paar hundert Meter hoch (weil sie dort dann vom stärkeren Wind hinweggetragen werden) –, und hier erwischt sie das Windrad.

4) Der hunderte von Tonnen schwere Sockel des Windrads soll auch nach seiner Entfernung (Lebensdauer 20–30 Jahre) für ewige Zeiten im Boden bleiben – seine Entfernung wäre möglich, aber unbezahlbar! (S.o.: Produzieren Windräder überhaupt Energie? Werfen Windräder überhaupt einen Gewinn ab? Ganz gewiß nicht, wenn man i.S.d. Verursacherprinzips die Sockel beseitigen müßte!).

5) Die Sockel – mit oder ohne Windrad! – versiegeln den Boden. Windräder sind häufig in der Höhe, auf Bergkämmen, aufgebaut. Der Regen kann nicht mehr versickern, sondern staut sich auf dem Betonsockel und stürzt zu Tale! Das Ahrtal-Hochwasser ist dergestalt möglicherweise wesentlich durch Windräder mitverursacht worden. (Zynischerweise forderten Grüne und ÖRR danach natürlich, zur Abwendung von Überschwemmungen müßten mehr Windräder gebaut werden!).

6) Und nun: die Windräder werden von Wind und Wetter allmählich hinweggeschmürgelt (die Hersteller wollen denn ja auch neue aufstellen!), zerlegen sich ganz von selbst in hochgiftige Mikrochemikalien."

Am Schluss verlinkte Vosgerau zu einem Artikel bei *Tichy*, in dem Punkt sechs behandelt wird. Dort steht, dass der Abrieb giftige Stoffe wie PFAS enthalte, die sich über Wald und Wiesen verteilen und unter anderem Wildschweinlebern „verseuchen“.

Es entspann sich zwar weniger eine Diskussion als vielmehr ein plattformtypisches Gerülpse, doch eine Replik finde ich erwähnenswert (auch die rücke ich zur Gänze ein):

„Sie sollten lieber über Themen schreiben, bei denen Sie sich auskennen. Oder als Satire kennzeichnen. Ihr Post ist jedenfalls an Desinformation nicht tu überbieten.

1) In Offshore Wind Parks stehen Windturbinen oft in über 10 Reihen hintereinander. Und natürlich produzieren die hinteren Windturbinen trotz des Wake-Effekts noch Strom. Warum sollte man denn diese Windturbinen sonst so installieren?

2) Die benötigte Energie für die Komponenten, Fertigung, Installation, Betrieb und Rückbau einer Windkraftanlage (7MW) wird nach einem Betrieb von ungefähr 8 Monaten erzeugt.

3) Den Beruf ‚Windrad-Flügel-Reiniger‘ gibt es nicht. Es hängen auch keine Abermillionen von toten Insekten an den Rotorblättern. Flurbereinigung, intensive Landwirtschaft und Insektizide sind die wahren Insektenkiller.

4) Für Fundamente besteht seit 2004 eine gesetzliche Rückbauverpflichtung.

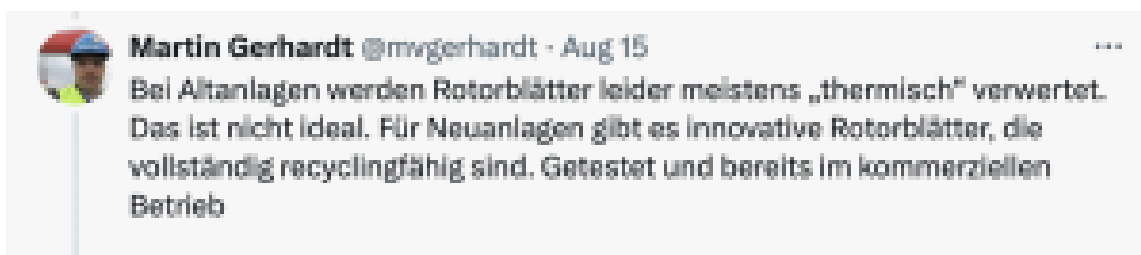
5) Rotorblätter werden nicht ‚hinweggeschmirgelt‘. Natürlich gibt vielfältige technische Lösungen zum Schutz der Blattvorderkanten von Rotorblättern. Die Lebensdauer moderner Windturbinen beträgt ja heute 25 Jahre und länger Windkraft war 2023 mit einem Anteil von 31,0 % der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung in Deutschland. Das werden Sie durch die Verbreitung von Märchen auch nicht stoppen.“

Der Mann ist ein Windkraft-Anhänger oder -Lobbyist (oder in der Branche beschäftigt), was aber insofern egal ist, als es um Aussagen oder Behauptungen geht und das Motiv zunächst einmal egal ist.



Ich bin schließlich ebenfalls parteiisch, und zwar gegen die Windräder und ihre Aufsteller, vor allem aus ästhetischen Gründen – diese „Schänder der Landschaftsseele“ (Botho Strauß) gehören, wenn es nach mir geht, geteert und gefedert –, aber auch, weil ich in der Technik, anders als in den Künsten oder in der Gesellschaft, an Fortschritt glaube, namentlich in der Atomenergieerzeugung. Ich schätze das Mittelalter durchaus, halte aber seine Technologien zur Energiegewinnung für veraltet. (Außerdem habe ich eine Schwäche für die sogenannten *lustigen Personen* auf der Bühne, und jemand der „determined to fight climate change“ ist, gehört für meine Begriffe unbedingt dazu.)

Als Zusatz folgte noch:



Einige der Einwände klingen plausibel, andere sind euphemistisch. „Thermische Verwertung“ heißt, die Rotorblätter werden verbrannt („nicht ideal“). Ob die Dinger inzwischen recycelbar sind, weiß ich nicht; ich habe gelesen, dass man sie einfach vergräbt (wenn’s denn dem Klima dient). Hier etwa:



5. Dezember um 11:01 · 🌐

👤

Hier werden die Rotorblätter von Windkraftanlagen vergraben, da sie als nicht recycelbar gelten – eine riesige Umweltsauerei unter dem Deckmantel alternativer Energie. Die Flügel sind Sondermüll, da es sich um Glasfaserverstärkten Kunststoff (Polyesterharz, kurz GFK) handelt, der nicht recycelbar ist. Das ist schon lange bekannt, wird aber gerne verschwiegen.

<https://www.bloomberg.com/.../wind-turbine-blades-can-t-...>

<https://www.energieagentur.nrw/.../recycling-wie-werden-.../>



Die Windrad-Lobbyisten zitieren stets den Anteil der Erneuerbaren an der *Stromerzeugung*, womit sie clever die Tatsache umgehen, dass der Grünstrom sowohl bei der Heizenergie als auch beim Verkehr *Unter ferner liefen* rangiert.

Antwort 4 ist die Interessanteste. „Für Fundamente besteht seit 2004 eine gesetzliche Rückbauverpflichtung.“ Papier ist bekanntlich geduldig. Verpflichtung mag ja sein, aber wer soll das „zurückbauen“?



Und vor allem wie? Sprengen? Das ist Stahlbeton, zwar nicht in der Härte der alten Nazibunker, die heute noch überall herumstehen, weil man sie nicht kaputtbekommt, aber mir kann keiner erzählen, dass die Anlagenbetreiber diese supermarktgroßen Stahlbetonklumpen am Ende mal eben so beseitigen.

Das Fundament eines Windrades der 6-Megawatt-Klasse umfasst 1200 Kubikmeter. Ein solches Fundament (die neuesten Versionen wuchten noch ein paar hundert Kubikmeter mehr ins Grüne), in dem neben dem Beton knapp 200 Tonnen Stahl verbaut sind, was mehr als drei Leopard-Panzern entspricht, wiegt insgesamt bis zu dreieinhalbtausend Tonnen – ein Kubikmeter Stahlbeton bringt 2,5 Tonnen Last auf die virtuelle Waage. Der Betonturm, 120 Meter hoch und höher, bringt es auf 1200 (und mehr) Tonnen Gewicht. Dazu addieren sich die Rotoren und das Maschinenhaus. Macht zusammen mindestens 5000, zuweilen bis zu 7000 Tonnen. Natürlich muss der Boden unter einer solchen Last künstlich verdichtet werden. Und nicht zu vergessen: Zu jedem Windrad führt eine Straße, damit notfalls ein Kran dorthin gelangt, das heißt, diese Straßen sind mehrere Meter breit.



Vergleichbares steht auf der Webseite einer Bürgerinitiative pro Schurwald: „Moderne Windkraftanlagen sind ... Wind-Kraftwerke. Auch der Begriff Windpark ist verniedlichend, vielmehr handelt es sich hier um Windkraft-Industriezonen. Windkraftwerke erreichen eine Gesamthöhe von 200 m – so hoch wie der Stuttgarter Fernsehturm.“

Als Beispiel führen sie die Windkraftanlage E-126 von Enercon bzw. 5M von REpower an: „Der Stahlbetonturm ist 135 Meter hoch und wiegt 2.800 Tonnen (...) Das Maschinenhaus, welches auf den Turm gesetzt wird, wiegt 120 Tonnen (...) Hierin wird der Generator, mit einem Gewicht von 220 Tonnen (dies entspricht ca. 150 PKW), untergebracht und die Rotoren mit Nabe, mit einem Gewicht von 320 Tonnen (ca. 210 PKW), daran befestigt. Der Rotordurchmesser beträgt 126 Meter und überstreicht die Fläche von zwei Fußballfeldern.“

Das Fundament unter einer solchen Windmühle hat einen Durchmesser von 20 bis 30 Metern und eine Tiefe von vier Metern. „Bei einer Tiefgründung werden zusätzlich ca. vierzig 15 Meter lange Betonpfeiler in den Boden gerammt.“

Kann mir jemand erklären, wie der „Rückbau“ stattfindet und was er kostet? Und was mit dem zurückgelassenen Loch passiert, nachdem man den Stahlbeton Krümel für Krümel *abgebaut* hat? Kommen dort die Altrotoren rein?

Auf einer Webseite zum Windpark Vechingen heißt es:

„Zur Stabilisierung der Statik werden pro Windturbinen-Turm bis zu 10.000 Tonnen Beton als Fundament im Boden versenkt. Je nach Standort und Untergrund muss bis zu zwölf Meter tief gebohrt und verankert werden. Die Eingriffsfläche beträgt 4000 Quadratmeter pro Anlage, dabei werden 500 Quadratmeter Landwirtschafts- oder Waldfläche ein für allemal vollversiegelt; an einen Rückbau ist realistischer Weise kaum mehr zu denken.“

Läuft die Anlage zwischendurch mal unter Vollast, muss das Fundament ungeheure Kräfte aushalten. Der Boden bebt. Im Raum Vechigen gibt es viele Quellen. Es ist bekannt, dass sich das Wasser bei Erschütterungen gerne neue Wege sucht.“

SCHWER VORSTELLBARE DIMENSIONEN

Der Bau einer Windkraftanlage ist ein gigantisches Unternehmen. Um die bis zu 240 Meter hohen Türme (das entspricht sechsmal der Höhe des Waldes; eine ausgewachsene Tanne misst 40 m) im Boden verankern zu können, muss eine unglaubliche Menge an Material verbaut werden.



Neue Wege, darum geht es doch gerade den Grünen.

Der NDR berichtete übrigens schon 2018:



Ich muss mich jetzt ans Publikum wenden: Gibt es unter den Lesern dieser Chronik vielleicht einen Experten für „Rückbau“, der mir erklären kann, was genau mit den Fundamenten passiert, wenn sie nicht mehr gebraucht werden?

Der Beitrag erschien zuerst bei Klonovsky hier

Der „Club of Rome“ hat in einem halben Jahrhundert nichts dazugelernt

geschrieben von Admin | 9. September 2024

Das Elend des Malthusianismus

Von Edgar L. Gärtner

Die Vereinten Nationen (UN) haben für den 22. Und 23. September 2024 den UN-Zukunftsgipfel (Summit of the Future) angesetzt, auf dem fundamentale Änderungen der UN-Charta im Sinne einer „Global Governance“ zur Diskussion stehen. Allerdings ist dieser Gipfel bislang kaum Thema in den Massenmedien. Der Grund dafür liegt vermutlich in der Tagesordnung des Gipfels: Es geht um nicht weniger als um die (klima)politische Gleichschaltung der Politik und eine weitere Einschränkung der Souveränität der Nationalstaaten durch den Aufbau globaler technokratischer Management- Strukturen. Die Beseitigung der nationalstaatlichen Grundlage der Demokratie soll dann irgendwie demokratisch bemäntelt werden.

Um den UN-Gipfel vorzubereiten, hat der einschlägig bekannte „Club of Rome“ Ende Juli zusammen mit dem bislang kaum bekannten „Council for the Human Future“ einen Runden Tisch veranstaltet, an dem Vertreter von 24 weiteren globalistisch ausgerichteten Organisationen wie zum Beispiel das „Global Governance Forum“, die militante Organisation „Extinction Rebellion“ und das „Post Carbon Institute“ teilnahmen. Anfang August veröffentlichte der „Club of Rome“ zusammen mit dem „Council for the Human Future“ einen Bericht über den Runden Tisch. Dieser geht aus von der vagen Definition einer „Polykrise“ der Menschheit: *„Die Menschheit ist mit zahlreichen globalen Katastrophenrisiken konfrontiert, die nun zusammenkommen. Diese stellen eine wachsende Sicherheitsbedrohung für alle Nationen und für jeden Menschen dar. (...) Diese „Polykrise“ ist ein zusammenhängendes Netz von Herausforderungen wie Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt, globale Vergiftung, Ernährungsunsicherheit, Erschöpfung der Ressourcen, Rückzug aus der Demokratie, Verbreitung von Kernwaffen, Ausbreitung von Kriegen, unkontrollierter Einsatz von KI, Fehlinformationen, wirtschaftliche, soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheit, zunehmende Ungerechtigkeit, Versagen der Gesundheitssysteme und geopolitische Instabilität. Dies bedeutet mehr Unsicherheit für alle.“*

Es fällt auf, dass die Aufzählung der 17 angeblich globalen Krisen keiner Rangordnung unterliegt. Darauf kommt es den Verfassern offensichtlich auch gar nicht an. Denn es geht ihnen vor allem um die Rechtfertigung ihres scheinlogischen Dogmas „Global risks call for

global solutions.“ Sie möchten die UN über die entsprechende Neufassung ihrer Charta in eine Weltregierung zu verwandeln, die zwingende Gesetze erlassen kann. Wichtiger als die allgemein gehaltenen Erklärungen des „Club of Rome“ erscheinen mir die im Protokoll dokumentierten Ausführungen einzelner Teilnehmer des Runden Tisches. Diese Beiträge zeichnen sich zum Teil angesichts der verworrenen Weltlage durch auffällige Naivität aus. Was die globale Finanzindustrie wie BlackRock nicht daran hindert, sie als Vorlage für Investitionsentscheidungen in Milliarden-, wenn nicht in Billionenhöhe zu verwenden. Das gilt zum Beispiel für den Beitrag des emeritierten Ökonomie-Professors Augusto Lopez-Claros, der den bislang obskuren Think Tank „Global Government Forum“ leitet. Lopez-Claros war zuvor als Chefökonom des World Economic Forum (WEF) bekannt geworden. Davor hat er, weniger sichtbar, in Spitzenpositionen bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfonds IMF gearbeitet.

Wörtlich fordert Lopez-Claros u.a.: *„2. To create an Earth System Council, giving the UN system the capacity to pass binding legislation to protect our planetary environmental system and the common goods it provides, with necessary enforcement mechanisms.“* Dieser Erdsystem-Rat soll den formalen Anforderungen der Demokratie genügen, indem die UN-Vollversammlung durch ein Parlament ergänzt wird. Der Entwurf einer neuen UN-Charta soll im September in New York vorgestellt werden. Danach sollen die UN in Zukunft sich ähnlich wie die EU finanzieren. Gleichzeitig soll aber die Möglichkeit eines Veto im UN-Sicherheitsrat abgeschafft werden.

Der bekannte britische Umwelt-Aktivist Roger Hallam, Mitbegründer der terroristischen Blockade-Bewegungen „Extinction Rebellion“ und „Just Stop Oil“, der bei deutschen Massenmedien wegen der Relativierung des Holocaust in Ungnade gefallen ist und in diesem Jahr wegen der Blockade der britischen Autobahn M25 zusammen mit Genossen zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, erklärte in dem Round Table des „Club of Rome“ Reformen seien für ihn keine Option. Nur eine globale Revolution könne die Menschheit vor sich selbst retten. Friedliche Formen des Protests sollen den Staat zwingen, gewalttätig zu werden. Sein Ziel sei *„a radical democratic takeover of the state“*.

Das stellt sich Hallam so vor: *„... a growing alliance of the willing needs to shut down ,the economy‘ – that is, the death machine that is taking us to extinction – blocking roads and transport infrastructure, city centres and financial districts, week after week until arrests lead to violence by the state and imprisonment. Absolute nonviolent discipline will need to be maintained so that an internal open democratic culture can flourish, and we can appeal to the general population to join with us. The revolution will be led by women and the young and old, not by aggressive men, or it will turn into civil war and fascism.“*

Als der „Club of Rome“ im Jahre 1972 durch die Computersimulations-

Studie mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ von sich reden machte, galt er als durchaus seriöser Verein von Honoratioren. Dessen Vorsitzender, der italienische Industrielle Aurelio Peccei, bemühte sich persönlich um den Autor dieser Zeilen, indem er ihn zu einer Reihe von Ost-West-Symposien einlud. Doch spätestens mit der Veröffentlichung der Studie „The First Global Revolution“ im Jahre 1991 offenbarte der „Club“ die linksextremistische Agenda, die heute Roger Hallam vertritt. Die von Hallam mitbegründeten Bewegungen wurden, wie die britische Tageszeitung „The Telegraph“ herausfand, unter anderen vom Wahlkampfbudget Hillary Clintons und vom kalifornischen „Climate Emergency Fund (CEF)“ gesponsert, hinter dem Milliardäre stehen.

Etwas seriöser, wenn auch nicht ungefährlicher wirkt Julian Cribb, Mitgründer des „Council for the Human Future“, in seinem Beitrag, in dem er auf den von ihm vorgelegten Entwurf eines Erdsystem-Vertrags verweist. Er fordert darin nicht weniger als die Einrichtung einer globalen Wahrheits-Kommission, die Lügner der öffentlichen Scham ausliefert, eine an natürlichen Grenzen orientierte Weltsystem-Währung, eine weltweite Kreislaufwirtschaft und schließlich einen Plan zur (freiwilligen) Reduktion der Weltbevölkerung um nicht weniger als drei Viertel. Andernfalls werde die menschliche Zivilisation um die Mitte des 21. Jahrhunderts zusammenbrechen.

Gerade die erneute Warnung vor einer globalen Überbevölkerung und nachfolgender Hungersnot wirkt heute äußerst realitätsfern, ja geradezu weltfremd. Der englische Landgeistliche und Ökonom Thomas Robert Malthus (1766 – 1834) hat im Jahre 1798 in seinem „Essay on the Principle of Population“ folgende bis heute als Denkfigur immer wiederholte Argumentation entwickelt: *„Taking the population of the world at any number, a thousand millions, for instance, the human species would increase in the ratio of – 1, 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, 512, etc. and subsistence as – 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, etc. In two centuries and a quarter, the population would be to the means of subsistence as 512 to 10: in three centuries as 4096 to 13, and in two thousand years the difference would be almost incalculable, though the produce in that time would have increased to an immense extent.“* Doch die vorausgesagte weltweite Explosion von Armut und Elend wegen mangelnder Zurückhaltung der Menschen bei der Nachkommensproduktion ist niemals eingetreten. Im Gegenteil: Inzwischen leben auf der Erde über 8 Milliarden Menschen. Gleichzeitig ist der Zahl der Armen weltweit deutlich gesunken, obwohl die Armut, oft Folge kriegerischer Auseinandersetzungen, noch nicht gänzlich verschwunden ist. Heute leidet etwa einer von zehn Menschen an Armut und Unterernährung, während es in den sechziger Jahren noch einer von vier waren. Zum andern warnen Ökonomen und Demografie-Experten inzwischen eher vor dem gegenteiligen Problem: einer zu starken Schrumpfung der Bevölkerung. Das schafft vor allem Probleme wie die Versorgung einer steigenden Zahl von Rentnern durch die sinkende Zahl von jungen Steuerzahlern.

Axel Bojanowski, Chefreporter Wissenschaft der Tageszeitung „Die WELT“,

zitiert den US-Ökonomen Jesús Fernández-Villaverde von der University of Pennsylvania in Philadelphia, der eine durchschnittliche globale Geburtenrate von 2,18 Kindern je Frau ermittelt haben will. Diese Vermehrungsrate läge schon jetzt unter dem realistischen Erhaltungssatz von 2,21 Kindern je Frau. Die Weltbevölkerung habe also bereits zu schrumpfen begonnen. Auch wenn andere Bevölkerungs-Experten dem nicht in allen Punkten folgen, sollte klar sein, dass die vom US-Schmetterlingsforscher Paul Ehrlich im Jahre 1968 mit massiver Hilfe westlicher Massenmedien und Regierungen verbreitete Angst vor einer unkontrollierbaren „Bevölkerungsbombe“ unbegründet ist.

Die Abwärtsspirale der Bevölkerung setzt schneller ein als viele denken. Das zeigt, so Axel Bojanowski, das Beispiel Deutschland: *„Bei der aktuellen Geburtenrate hierzulande von knapp 1,3 bekommen 1000 Frauen und 1000 Männer 1300 Kinder, also 650 Jungs und 650 Mädchen (leicht vereinfacht, tatsächlich werden ein wenig mehr Mädchen geboren als Jungs). Blei gleichbleibender Geburtenrate würden sie 845 Nachkommen zeugen – was die dritte Generation nicht mal mehr halb so groß machte wie die aktuelle. Ginge es mit gleicher Rate weiter, schrumpfte die Bevölkerung in der fünften Generation auf ein Viertel, in der siebten auf ein Achtel, es blieben noch rund zehn Millionen Deutsche.“*

Gerade die Volksrepublik China, deren Milliarden-Bevölkerung Jahrzehnte lang im Westen der Angstmache diente, wird schon bald mit den negativen Konsequenzen einer stark schrumpfenden Bevölkerung konfrontiert werden. Ich habe selbst auf einer EIKE-Tagung im Jahre 2012 in Berlin darauf hingewiesen, dass Ehrlichs „Bevölkerungsbombe“ und die Studie „Die Grenzen des Wachstums“ als direkte Begründung der diktatorischen Ein-Kind-Politik dienten und anschließend in einem von der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlichten Gastkommentar nicht nur darauf hingewiesen, dass der Malthusianismus erst die Armut schafft, die zu bekämpfen er vorgibt, sondern mittelfristig auch zum Scheitern des damals noch gelobten chinesischen „Wirtschaftswunders“ führen muss.

Eine der in den engen Kreisen der Demografie umlaufenden Erzählungen geht davon aus, dass der einflussreiche, für das Militär arbeitende chinesische Top-Wissenschaftler Song Jian während eines Aufenthaltes in den Niederlanden mit den Ideen Paul Ehrlichs in Kontakt kam. Nach China zurückgekehrt, machte er sich mit führenden Leuten der KPCh daran, die malthusianistischen Bevölkerungsprognosen auf der Grundlage einer ungebremsten Exponentialfunktion auf China anzuwenden. Die 1980 dem Politbüro der KPCh vorgelegten Berechnungen ergaben, dass China zu Beginn des 22. Jahrhunderts über vier Milliarden Einwohner zählen würde. Schon im Jahr davor deutete Deng Xiaoping, der damalige Generalsekretär der KPCh an, unter Hinweis auf die in China unter dem Namen eines chinesischen Wissenschaftlers erschienenen „Grenzen des Wachstums“ den Übergang zur Ein-Kind-Politik angedeutet. Offiziell beschlossen wurde die Ein-Kind-Politik im März 1980 von der Zentralregierung in Chengdou. 1982 wurde die Beschränkung auf ein Kind je Familie sogar in der Verfassung verankert. Aber schon im Jahre 1984 wurden erste Ausnahmen

zugelassen – wenn zum Beispiel zuerst ein Mädchen auf die Welt kam. Andere Ausnahmen betrafen bestimmte Ethnien oder stark agrarisch geprägte Regionen.

Trotz unvorstellbarer diktatorischer Maßnahmen wie Zwangssterilisierungen und Zwangsabtreibungen oder das Verhungernlassen bereits geborener Mädchen hat die Ein-Kind-Politik nie durchgängig funktioniert. Immerhin verursachte sie aber einen unübersehbaren Knick in der demografischen Kurve. Nach dem Jahr 2000 wurden die Parteiführer dann nach und nach gewahr, dass die Schrumpfung der Geburtenrate das aufstrebende Land vor ernste ökonomische Probleme stellen würde. Im Jahre 2015 autorisierte die Regierung zwei Kinder je Familie, aber 2021 waren drei Kinder erlaubt und wenig später gab es überhaupt keine Restriktionen mehr.

Diese Wende kommt allerdings zu spät. Forscher der Akademie für Gesellschaftswissenschaften von Shanghai und der Universität von Victoria haben berechnet, dass die chinesische Bevölkerungszahl bis zum Ende des Jahrhunderts von 1,4 Milliarden auf 525 Millionen sinken wird. Das könnte bedeuten, dass die KPCh ihre Pläne in Sachen Aufbau einer neuen multipolaren Weltordnung unter chinesischer Führung substanziell korrigieren muss.

Ohne Kernkraft kein Wohlstand

geschrieben von Admin | 9. September 2024

Ökologisch, ökonomisch und sicherheitstechnisch spricht alles für Kernkraftwerke als bevorzugte Stromerzeugungsquelle. Sie sind die Basis für einen Industriestandort. Ihre Abschaffung vernichtet den Industriestandort und damit den Wohlstand. Wer Kernkraftwerke stilllegt, will genau das.

von Ullrich Thurmann

Die Innenpolitik Deutschlands ist seit sechs Jahrzehnten zunehmend geprägt durch den Kampf politischer Gruppen gegen die Kernenergie. Mit der Stilllegung der letzten drei Anlagen vor einem Jahr haben sie ihr Ziel erreicht. Der Niedergang Deutschlands ist damit fest auf die Bahn gesetzt. Im Nachfolgenden möchte ich auf der Basis persönlichen Erlebens darstellen, wie sich dieser Vorgang in Hessen abspielte. Man muss sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß diese Entwicklung von Anfang an langfristig geplant war und konsequent verfolgt wurde.

In den 60er Jahren tauchten immer mehr Demonstranten in der Bundesrepublik auf, die mit „Ho-Ho-Ho-Tschi-Min“-Rufen und der roten „Mao-Bibel“ in der Hand die Zerstörung der Kultur, des Wohlstandes und des Rechtsstaats forderten. Die ersten Ansätze hatte ich schon 1958 an der Freien Universität Berlin bei Diskussionen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes SDS erlebt, zu denen ich aus Neugier ging. Diese Leute wurden von den Bürgern nicht ernst genommen. Es wurde für unmöglich gehalten, dass junge Leute, die den Kommunismus in seiner praktischen Auswirkung nicht erlebt hatten, mit ihrer Anpreisung maoisti-scher Unterdrückungs- und Ausbeutungsmethoden politischen Erfolg haben könnten.

Aber sie hatten ihn. Schritt für Schritt verschafften sie sich Aufmerksamkeit – sogar durch politische Morde. Es wurde allmählich klar, dass die Aktivitäten zur Zerstörung der oben genannten Werte einem einheitlichen Plan folgten. Es wurde auch klar, dass die Zerstörung der Kernenergie die Hauptmethode zur Zerstörung des Wohlstands war. Damit wurden scheinbar disparate Ereignisse zu Schritten in immer nur eine Richtung. Im Einzelnen:

1970 wurde ich von Wirtschaftsminister Rudi Arndt SPD zum ersten Referenten für Energiepolitik in einem Wirtschaftsministerium in Deutschland ernannt. Damals war die SPD voll auf Kernkraftkurs. Ich war als Vertreter des Landes bei den Beratungen der SPD-Oberbürgermeister von Wiesbaden, Mainz, Frankfurt, Offenbach und Hanau zugegen, die in einer Energiewirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Main EWAG ein gemeinsames Kernkraftwerk planten.

Im Laufe der siebziger Jahre änderte sich die Haltung der SPD zur Kernkraft. Kommunistische bis maoistische Kader drehten zuerst die linke südhessische SPD um und entmachteten dann die konservative nordhessische SPD. Die Landesregierung schickte mich zu zahlreichen Veranstaltungen zur Kernenergie, zu denen sich die Politiker nicht selbst traute. Die SPD schürte alle möglichen Ängste gegen die Kernenergie, die Presse schloss sich an – ich hatte einen schweren Stand und wurde in der Öffentlichkeit zum Feind der Bevölkerung und Freund der Großindustrie.

Im Wirtschaftsministerium wurde 1977 die Stelle des Leiters der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde frei. Ich sprach mit den außer mir in Betracht kommenden Kollegen. Keiner von uns wollte sich bewerben. Der Stuhl war zu heiß. Schließlich nutzte Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry FDP meinen Urlaub und ernannte mich in Abwesenheit, ohne vorher mit mir zu sprechen. Ich nahm die Herausforderung an und bearbeitete mit meinen Kollegen die Genehmigungsverfahren für die Kernkraftwerke Biblis A, B, C und Borken, für die Hanauer Brennelementefabriken Alkem, Nukem, RBU und HOBEG und für eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente. Alles Verwaltungsverfahren, die in Medien und Politik täglich hohe Aufmerksamkeit fanden. Die gesetzlich vorgeschriebenen

Erörterungstermine fanden unter starkem Polizeiaufwand statt. Glücklicherweise kam es dabei nicht zum Äußersten. Bei dem gleichzeitigen Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens wurden zwei Polizisten erschossen.

1981 wurde mein Minister Karry erschossen. Die Täter sind bis heute unbekannt. Die Tatwaffe fand sich in einem Auto, das auf Joschka Fischer von den Grünen zugelassen war. Er hatte mit der Tat nichts zu tun, er hatte das Auto einem Freund geliehen. Die Polizei fand auf einer Liste meinen Namen, so dass ich mit Familie für Jahre unter Polizeischutz gestellt wurde. Das Genehmigungsverfahren für eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente wurde nach der Ermordung des Ministers in Hessen nicht weiterverfolgt. Dieses Ziel war erreicht.

1982 wurde nach jahrelanger Bearbeitung im Genehmigungsverfahren Biblis C die Genehmigungsreife erreicht. Die unterschiftsreife Genehmigungsurkunde wurde gemäß einer Zuständigkeitsverordnung dem hessischen Innen- und dem Sozialminister zur Mitzeichnung zugesandt. Während der Innenminister mitzeichnete, lehnte Sozialminister Karl Schneider SPD ohne Begründung ab. Die nach jahrelanger Arbeit der Industrie, der Gutachter und der Behörden erreichte positive Beendigung des Verfahrens, die viele Millionen gekostet hatte, wurde ohne Begründung gegenstandslos gemacht. Der hessischen und der rheinland-pfälzischen Industrie wurde von der SPD die preiswerte Versorgung mit Grundlaststrom verweigert. Auch dieses Ziel war erreicht.

Unsere Arbeit war aber nicht umsonst. Die überregionalen Stromversorger und die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden von Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern hatten sich vor Jahren aus Rationalisierungsgründen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, in der die vier modernsten, größten und sichersten Kernkraftwerke der Welt in einem „Konvoi“ gleichzeitig und zeichnungsgleich von den einen geplant und von den anderen geprüft wurden. Das ging gegen den bisherigen Spieltrieb der Ingenieure, von denen in früheren Fällen jeder seine eigene Anlage konstruiert hatte, was die Genehmigungsverfahren natürlich verlängerte und verteuerte.

Zum Leiter des Konvoi-Genehmigungsverbundes wurde ich bestimmt, weil mein Projekt Biblis C am weitesten fortgeschritten war und die anderen drei Bundesländer die bereits erreichten Ergebnisse übernehmen konnten. Diese drei Anlagen wurden dann auch gebaut und waren vier Jahrzehnte lang das Rückgrat der deutschen Industriestromversorgung – bis sie 2023 von SPD, Grünen und FDP mutwillig abgeschaltet wurden, obwohl sie extrem preisgünstig und unabhängig von Umweltbedingungen Grundlaststrom produzierten. Ich bin stolz darauf, dass ich mit meinen Kollegen damit vor vierzig Jahren die Industriestromversorgung in Deutschland noch weit über meine Pensionierung hinaus sichern konnte. 2023 wurde dann allerdings von SPD, Grünen und FDP das letzte Ziel auf dem jahrzehntelangen Weg zur Vernichtung einer sicheren und preiswerten

Stromversorgung erreicht.

Die SPD war hoch verärgert, dass ich mit meinen Kollegen die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren auch nach der Ermordung von Karry pflichtgemäß weiterführte. Das musste verhindert werden. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen ASJ im hessischen Justizministerium fand die Lösung: man lege die atomrechtliche Genehmigungsbehörde still – und damit Biblis A und B und die vier Brennelementefabriken in Hanau. Als Instrument hierfür wählten sie das Strafrecht. Es galt etwas zu finden, das ein Strafgericht überzeugen konnte. Ende 1984 ging eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Hanau ein. Sie bezog sich auf eine Rechtsfrage des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Ich will hier nicht in die Einzelheiten gehen. Wichtig war, daß die Zustellung der von der Staatsanwaltschaft Hanau gefertigten Anklageschrift gegen mich und vier weitere an das Gericht nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens durch die zuständige Große Strafkammer des Landgerichts Hanau führte. Die Anklage war nicht schlüssig.

Die Landesregierung von SPD und Grünen unter Holger Börner und Joschka Fischer wusste sich Rat – es wurde einfach gegen das Grundgesetz eine Zweite Große Strafkammer in Hanau als Sondergericht speziell für diesen Prozess eingerichtet. Auch diese Kammer zögerte.

Zwischenzeitlich hatte ich entdeckt, dass die hunderte Seiten Behördenakten, die den weit überwiegenden Inhalt der Anklageschrift ausmachten, durchweg von den beiden Staatsanwälten zu Lasten der Angeklagten textlich gefälscht wiedergegeben wurden. Urkundenfälschung und Prozeßbetrug im höchsten Maße durch Justizbeamte! Ich stellte mit einer ebenfalls angeklagten Kollegin die zahlreichen Nachweise in einer Dokumentation zusammen und gab sie kurz vor der Landtagswahl 1987 beim Justizministerium ab. Am Tage nach der Landtagswahl eröffnete die neue Zweite Große Strafkammer das Hauptverfahren. Es sollte wohl vermieden werden, dass die CDU, die die Wahl gewonnen hatte, die Staatsanwaltschaft anwies, die Anklage schnell noch zurückzuziehen. Ende 1987 endete unser Strafverfahren, das über zahlreiche Monate die Öffentlichkeit beschäftigte und uns angeklagten Beamten unzählige Verunglimpfungen einbrachte, mit den zu erwartenden Freisprüchen. Einer der beiden fälschenden Staatsanwälte wurde anschließend befördert. Die durch den Prozess herbeigesehnte Stilllegung der Nuklearanlagen in Hessen nach einer Verurteilung der Beamten fand nicht statt. Die Hanauer Nuklearbetriebe allerdings haben dann einige Jahre später durch eigenes Verhalten im Zusammenhang mit dem Umgang mit nuklearen Reststoffen ihren Niedergang selbst bewirkt.

Zwei Jahrzehnte später übernahm die CDU die Führung der wohlstands- und damit kernenergiefeindlichen Parteien. Während SPD und Grüne sich noch mit indirekten (und rechtswidrigen) Methoden der Kernenergiebekämpfung zufriedengegeben hatten, war Kanzlerin Merkel aus härterem Holz. Die CDU machte bei erster Gelegenheit Nägel mit Köpfen. Der Jahrtausend-Tsunami

2011 in Japan war das Ereignis, das hohe öffentliche Erregung auslöste, während dessen ein rechtswidriger Gewaltakt nicht die verdiente Beachtung finden würde. Die Naturkatastrophe zog auch das Kernkraftwerk Fukushima in Mitleidenschaft. Während die Grüne Claudia Roth mit ihrer sofortigen Lüge („durch die Kernkraftwerkskatastrophe in Fukushima starben 15.000 Menschen“) bei Millionen Bürgern den Eindruck erweckte, der in vielen Köpfen noch heute festsetzt, trotz der Tatsache, dass durch die Reaktoren niemand starb, nutzte die CDU die Verwirrung und absichtliche Täuschung der Bevölkerung zur Stilllegung der Kernkraftwerke Biblis A und B.

Sofort nach der Naturkatastrophe von Fukushima trafen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Umweltminister Norbert Röttgen mit dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier und seiner Umweltministerin Lucia Puttrich (alle CDU). Sie beschlossen die sofortige Ausserbetriebnahme von Biblis A und B. Puttrich war nach dem Atomrecht örtlich zuständig, Röttgen war als Bundesumweltminister im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung gegenüber der hessischen Ministerin weisungsbefugt. Die beiden Regierungschefs hätten die Pflicht gehabt, ihre Minister von rechtswidrigen Handlungen abzuhalten bzw. sie zu korrigieren.

Zur Vorbereitung der Besprechung hatten die langjährig zuständigen Fachbeamten von Bund und Land auf die Sach- und Rechtslage nach Fukushima hingewiesen – besonders zu der Frage, ob hieraus Konsequenzen für Biblis A und B zu folgern wären. Sie kamen übereinstimmend zum Ergebnis, dass dies nicht der Fall war. Erdbeben und Tsunamis wie in Japan waren in Biblis als Ergebnis der gründlichen Prüfungen in den Genehmigungsverfahren nicht zu befürchten. Eine Abschaltung wäre rechtswidrig. Die Bundeskanzlerin als ausgebildete Naturwissenschaftlerin, kümmerte das nicht. Sie sorgte dafür, dass diesen zuständigen Beamten mit sofortiger Wirkung die Bearbeitung entzogen wurde. Dieser Vorgang erinnert an die disziplinarrechtliche Verfolgung des Beamten Kohn im Bundesinnenministerium, der 2020 gleich zu Beginn von Corona im Rahmen seiner Zuständigkeit eine fachliche Stellungnahme zu Corona abgegeben hatte – er wurde von Bundesinnenminister Seehofer CSU sofort des Dienstes enthoben.

Die anderen Anwesenden setzten der Bundeskanzlerin keinen wirksamen Widerstand entgegen. Die von der hessischen CDU vollzogene Entscheidung der Bundeskanzlerin war rein politisch begründet, Sach- und Rechtsfragen spielten keine Rolle. Wie alle anderen verfassungswidrigen Entscheidungen der Bundeskanzlerin war auch diese „alternativlos“, d.h. sie verweigerte sich der Amtspflicht, alles zu prüfen und unter den sich ergebenden Alternativen nach Rechtskriterien zu entscheiden. Über Rechtsfragen wurde in dieser Besprechung überhaupt nicht gesprochen. Es handelte sich um einen Fall von Rechtsbeugung. Ich empfehle die Lektüre des Urteils des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 27.02.2013 (bestätigt vom Bundesverwaltungsgericht), das in seinen Feststellungen sehr deutlich ist, das aber in den Medien keine nennenswerte Beachtung

finden sollte. Jedenfalls war ein weiteres Ziel erreicht.

Heute ist die Situation so, dass eine Vermeidung des endgültigen Abgleitens der deutschen Industrie in die Bedeutungslosigkeit nur durch eine sofortige grundsätzliche und kraftvolle Umkehr der Haltung der CDU erreicht werden könnte. Die herumeiernden Äußerungen des derzeitigen CDU-Vorsitzenden Merz lassen allerdings nicht darauf schließen, dass dieser wichtigste Schritt zur Rettung des Wohlstandes in Deutschland ein ernstgenommenes Ziel der CDU ist. Es scheint, wie unter Merkel, allein um die Macht zu gehen – egal mit wem und egal was dabei kaputtgeht. Mit den offenbar in Aussicht genommenen Koalitionspartnern ist jedenfalls eine Wiederherstellung der Kernenergie und damit des Wohlstands der Deutschen nicht machbar. Das alte Ziel der Maoisten der Zerstörung der deutschen Industrie und damit des deutschen Wohlstands wäre mit der entscheidenden Hilfe der CDU endlich erreicht.

Der Autor Ulrich Thurmann war u.a. Staatssekretär. Er hat seine Erfahrungen mit den Politikern in einem Buch „Vom Gebrauch des Staates“ niedergelegt. Ein Exemplar kann beim Autor angefordert werden:
thurmann.walluf@t-online.de